

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe anzugeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

13. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207.

Luther beauftragt.

Er soll ein Kabinett der Mitte bilden.

Künftig wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing heute mittag um 11 Uhr die Abgeordneten Fehrenbach und Koch, die ihm über die Verhandlungen zur Schaffung der Großen Koalition und deren negatives Ergebnis berichteten. Der Reichspräsident dankte beiden Herren für diese Bemühungen und ihren Bericht. Er erklärte, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neue Regierung der Mitte schaffen. Er richtete an die beiden Parteiführer das Ersuchen, ihn angesichts der Notlage des Vaterlandes hierbei tatkräftig zu unterstützen. Die Herren Koch und Fehrenbach nahmen dies zur Kenntnis und erklärten sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit.

Um 12 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Luther und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Dr. Luther hat den Auftrag angenommen.

Als vermutliche Mitglieder des neuen Kabinetts nennt die „B. Z.“ Koch (Dem.) für das Innere und den sächsischen Minister Reinhold (Dem.) für die Finanzen. Stresemann und Geßler, der „Wehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit“, sollen bleiben. Doch handelt es sich vorläufig um bloße Kombinationen.

Nach den Beschlüssen des Aeltestenrats ist die Regierungserklärung des zweiten Luther-Kabinetts frühestens am nächsten Mittwoch zu erwarten. Der Sonnabend, Montag und Dienstag sollen sittingsfrei bleiben.

Der Auswärtige Ausschuss, der heute zusammentreten sollte, ist auf morgen verlagert worden. Im Reichstag tagen heute die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Das Nein der Sozialdemokratie.

Stimmen der Presse.

Ueber die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Reichsfraktion werden Darstellungen verbreitet, die Wahres mit Falschem vermischen. Es sei deshalb noch mitgeteilt, daß die Beschlußfassung mit 85 gegen 33 Stimmen erfolgte. Am 16. Dezember war das Verhältnis 69 zu 26, es ist also im wesentlichen unverändert geblieben. Ganz unsinnig und aus den Fingern gesogen ist das Geschwätz in der Rechtspresse von einer Krise in der Partei. Die Debatte vollzog sich in kameradschaftlichem Geist ohne persönliche Schärfe und drehte sich lediglich um die gegebene politische Situation, die verschieden beurteilt wurde. Genossen, die jede Koalitionspolitik grundsätzlich ablehnen, gibt es in der Fraktion nur vereinzelt.

Die Beurteilung des Beschlusses bietet keine Ueberraschung. Jener Teil der Presse, der alle Künste der Ueberredung für die Große Koalition eingesetzt hatte, ist natürlich enttäuscht und macht seinem Unmut Luft. Die „Bosische Zeitung“ zeigt sich dabei immer noch ruhiger und politisch weitsichtiger als das „Berliner Tageblatt“, das beleidigende Vergleiche zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten zieht. Die einen seien aus Scheu vor der Verantwortung aus der Regierung gegangen, die andern gingen aus demselben Grunde nicht in sie hinein. Das „Berliner Tageblatt“ wird es schon der Sozialdemokratie überlassen müssen, zu entscheiden, wofür sie die Verantwortung übernehmen will und wofür nicht. Gründe für die Ablehnung, mit der Volkspartei zusammenzugehen, ließen sich aus dem „Berliner Tageblatt“ selbst handweis zusammenstellen, wir verzichten darauf, denn wir halten diese Polemik für schädlich und zwecklos.

Zur Frage, was nun weiter werden soll, führt die „Germania“, das Zentrumsblatt, aus:

Es ist nicht so ganz einfach, darüber Vermutungen anzustellen, was jetzt kommt. Die Blätter der Deutschnationalen und die dank freundlicher sozialistischer Hilfe vom Abdruck der Großen Koalition befreiten volksparteilichen Zeitungen werden uns ja schon heute nach dem Rezept mittelster Koalitionsregierung der Mittelparteien unter der jetzigen Führung. Darauf arbeiten sie ja schon seit Wochen hin. Nun braucht man gegen die Person des gegenwärtigen Reichskanzlers nicht die leiseste Abneigung zu haben, um doch den Kaiser, mit dem die Rechtspresse ihn in den Vordergrund schiebt, verdächtig zu finden. Die Rechte betrachtet offenbar eine solche Regierung als Vorläuferin einer Rechtsregierung, und im Geiste sieht sie die leeren Sessel der deutschnationalen Minister schon wieder mit ihren Leuten besetzt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das Zentrum der Wegbereiter für eine solche Entwicklung sein könnte. Das Zentrum hat weder die bestehende Regierung gestützt, noch das Zustandekommen einer Rechtsregierung verhindert. ... Die Stellung des Zentrums als der eigentlichen Mittelpartei legt ihr besondere Aufgaben auf. Die Reichsfraktion wird ihnen, davon dürfen vor allem unsere Freunde im Land überzeugt sein, gerecht werden.

Künftig ist, daß sich die Rechtspresse die demokratische Parole von der sozialdemokratischen „Scheu vor der

Verantwortung“ zu eigen gemacht hat. Gestern noch waren wir Futtertrippenspekulanten und Siellenjäger, bereit, für ein paar fetter Posten unsere Seele zu verkaufen. Gestern noch konnten wir Ministerportefeuilles, Staatssekretär- und Ministerialdirektorenposten kriegen, soviel wie wir wollten — wir haben sie abgelehnt, also leiden wir an „Scheu vor der Verantwortung“.

Die Rechtspresse sieht jetzt den Weg für Luther frei und gibt sich bezüglich einer neuen Luther-Regierung den angenehmsten Erwartungen hin. Wir können aber heute schon sagen: sollte Herr Luther wirklich ernannt werden und dann versuchen, ohne die Deutschnationalen deutschnationale Innenpolitik zu treiben, so wird er sich Unannehmlichkeiten zuziehen. Auch nach dem Scheitern der Großen Koalition, nach ihm erst recht, bleibt für eine republikanische, sozial gerichtete Politik der Mitte — vorausgesetzt, daß der Wille zu ihr vorhanden ist — die Bahn frei. Die Mitte muß jetzt zeigen, was sie will und kann.

Koch über die neue Lage.

Der Führer der Demokratischen Partei, Abg. Koch, sprach gestern abend im früheren Herrenhaus zu demokratischen Vertrauensleuten über die parlamentarische Lage. Als die Nachricht von der sozialdemokratischen Ablehnung kam, führte er dazu aus:

Durch den Entschluß der Sozialdemokratie, jetzt nicht in die Regierung zu gehen, sei die Demokratische Partei unter Umständen gezwungen, in anderer Bindung die nun in irgendeiner Form kommende Minderheitsregierung zu stützen und dadurch vielleicht auf manche Handlung verzichten zu müssen, die im Rahmen der Großen Koalition, auf das Ziel der Erziehung des deutschen Volkes hin gesehen, möglich und nützlich hätte sein können.

Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, die Dr. Koch das Vertrauen ausdrückt und „bedauert, daß eine große Partei, die die Politik von Locarno bisher in voller Ueberzeugung unterstützt hat, in schwerer Stunde die Mitarbeit am Werke der Rettung und des Wiederaufbaus ablehnt“.

Zentrum und Deutschnationale.

Die Entschliessung der sozialdemokratischen Reichsfraktion hat nicht den Beifall des Zentrums und der Demokraten gefunden. Wie schwer es mitunter ist, für Entschliessungen den Beifall anderer Parteien zu finden, zeigt in besonders anmutiger Weise die Kritik des deutschnationalen Hauptorgans für Pommern an dem Beschluß des Zentrums vom 10. Januar zugunsten der Großen Koalition. Die „Pommersche Tagespost“ charakterisiert ihn folgendermaßen:

Ein Meisterstück echt jesuitischer Verlogenheit, dieses laubere „Kommunique“. Dieselbe Partei, die durch ihre sozialistenfreundliche Quertreiberei dauernd das Zustandekommen einer wirklich kraftvollen und innerpolitische Ruhe gewährenden nationalen Regierung mit allen Mitteln der Intrigue und Verheugung verhindert hat, bezieht noch die Stirn, dieses staats- und volksfeindliche Treiben mit einem moralischen Mantelchen zu behängen, und die dank ihrer eigenen Quertreiberei immer unerträglicher werdende wirtschaftliche Not zum Vorwand für ihre staatszerstörende „Große Koalition“ zu machen. Widerwärtiger kann die Scheinhelligkeit dieser angeblich christlichen Partei wirklich nicht gut zum Ausdruck kommen. Praktisch aber bedeutet sie nichts als den verbrecherischen Versuch, die Bemühungen um eine innen- und außenpolitisch kraftvolle, ihrer selbst bewußte Regierung von neuem zu durchkreuzen.

Das ist eine Sprache, die noch Mark und Klang hat! Hört man sie, so weiß man genau, woran man ist!

Führer Hugenberg.

Ein zweiter Holstein — sagt die Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei antwortet auf die Hugenberg'sche Presseaktion gegen Hindenburg-Luther-Stresemann in der schärfsten Tonart. Dabei zeigt sich, daß die Deutsche Volkspartei nicht über eine eigentliche Parteipresse verfügt. Die „Tägliche Rundschau“ ist ein zwanzigprozentiges Blatt, zu 80 Proz. deutschnational, zu 20 Proz. deutschvolksparteilich. So erfolgt der Kampf der Volkspartei gegen die Hugenbergpresse durch den PresseDienst der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“.

Dort hat sich zunächst Herr Scholz gegen den Auffahrgewandt, in dem Hugenberg Stresemann persönlich angriff und hat eine scharfe Trennungslinie gegen die Deutschnationalen gezogen. In der gestrigen Ausgabe wird die politisch-geschäftliche Aktion des „Volkswächters“ einer vernichtenden Kritik unterzogen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen die fünfzigprozentige Verantwortung für das Dawes-Abkommen tragen, daß sie die Politik von Locarno bis zur Paraphierung der Verträge mitgetragen haben. Ihr Austritt aus der Regierung sei ein Werk Hugenberg's, er trage die Schuld an der Regierungskrise und wolle nun durch eine Ablenkungsoperation seine Schuld verbergen.

Dann heißt es:

„Wenn er nur ein ehrlicher Fechter wäre und mit lauberen Waffen den Kampf führte! Das ist nicht der Fall... Er führt den Kampf mit unehrlichen Waffen. Was will er?“

Bisher war er der Mann im Dunkeln, der, ein zweiter Holstein, hinter den Kulissen blieb, und, selbst unsichtbar, durch die von ihm beeinflussten Zeitungen und Organisationen arbeitete. Sein überraschendes persönliches Hervortreten zwingt zu dem Schluß, daß er auf diese Weise sein erstes Ziel, den Sturz Stresemann's, nicht mehr zu erreichen hofft. Vielleicht ist auch in Kreisen der Mitarbeiter der Glaube an die Führerqualitäten Hugenberg's geringer geworden. So muß er selbst hervortreten. Nach seinen Richtlinien, darf man wohl sagen, hat der „Volkswächter“ getämpft sowohl für wie gegen Kapp, sowohl für wie gegen Hitler, sowohl für wie gegen Rahr, sowohl für wie gegen Held, und, wenn wir uns nicht irren, auch abwechselnd für und gegen Hergt. Es wäre also durchaus begreiflich, wenn einmal der Glaube an diese „Führung“ wanken würde.

Darum Hugenberg persönlich! Alle diese Kämpfe, von denen die meisten zu schweren Rückschlägen für die deutsche Wirtschaft führten, waren für Hugenberg nur Etappen in seinem einzigen Kampfe gegen Stresemann. Persönlicher Haß hat ihn damals blind gemacht, Haß trübt heute seine Urteilskraft. Welch praktischer positiver Erfolg soll für die deutsche Wirtschaft aus der neuen Auswählung der politischen Leidenschaften durch die Agitation des „Volkswächters“ erwachsen? Nicht der geringste; nur schädliche Wirkungen kann diese Agitation in diesem Augenblick hervorrufen. Und welche Wendung verspricht er sich davon für die deutsche Außenpolitik. Er spricht in dunklen Andeutungen von verpassten Gelegenheiten, aber er weiß auch jetzt nicht zu sagen, was denn praktisch und positiv an die Stelle der gegenwärtigen Außenpolitik gesetzt werden soll. Hat Hugenberg überhaupt positive Ziele? Man sucht sie in seinem neuen Feindzug jedenfalls vergebens. Es sei denn, daß man zu dem Schluß bereit wäre, daß eine Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage durch politische Verheugung ihm aus irgendwelchen Gründen und Bestrebungen besonderer Art gelegen käme. Und diese Ziele könnten nur auf die geistige Vorbereitung eines rechtspolitischen hinauslaufen.“

Der Jörn der Volkspartei über die deutschnationale Agitation zeigt sich im ganzen Inhalt der Nummer der „Nationalliberalen Korrespondenz“ von gestern. In einer Polemik gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Logemann, der in einer Versammlung gesagt hatte, daß, wenn die Deutsche Volkspartei weiterhin festbleiben würde gegenüber den Wünschen der Linken und in und mit der Regierung eine rechtsgerichtete Politik triebe, die Deutschnationalen gern wieder bereit wären, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, schreibt sie:

„Es ist gleichgültig, ob dieser Ansicht Realität oder Unverfrorenheit zu Grunde liegt, jedenfalls ist sie bezeichnend für die ganze deutschnationale Politik. Wenn es sich darum handelt, Verantwortung zu übernehmen, drückt man sich. Wenn alles erledigt ist, bietet man großzügig seine Mitarbeit wieder an. Die Deutsche Volkspartei dankt für solche „Mitarbeiter“.“

Die Gereiztheit der Volkspartei und die Schärfe der Polemik erklärt sich nicht nur aus der Schärfe der Hugenberg'schen Angriffe. Sie erklärt sich aus der Furcht der Volkspartei, daß ihr die Durchführung der Locarno-Politik ohne Rückendeckung durch deutschnationale Verantwortliche nicht gelingen wird, ohne daß die struppellose deutschnationale Agitation ihr zahlreiche Anhänger fortreibt.

Deutschnationales Rechteempfinden.

Eberling, die Fürsten und die kleinen Sparer

Im Zusammenhang mit dem Verhalten Coerlings in der Frage der Fürstenabfindung erinnert der Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband in Mecklenburg daran, daß Coerling vor den letzten Reichstagswahlen auf die Anfrage des Verbandes erklärte, er habe sich die Vorschläge des Oberlandesgerichtspräsidenten Best zu eigen gemacht. Auf Grund dieser Erklärung haben ihm die kleinen Sparer und Gläubiger ihre Stimme gegeben, und Coerling sei nur mit Hilfe dieser Stimmen Reichstagsabgeordneter geworden. An diese Tatsachen knüpft der Verband bittere Betrachtungen, in denen es heißt:

„Sein Rechteempfinden hinderte ihn ab-dann nicht, für die Aufwertungsgesetz zu stimmen und verbietet ihm heute nicht, für hundertprozentige Aufwertung bei den Fürstenabfindungen sich einzusetzen mit der Boardung, daß er lediglich die Aufgabe habe, für den Rechtsgehabten und damit für die mit Entrechtung bedrohten Fürsten einzutreten.“

Der Hinweis des Sparer-Schutzverbandes veranlaßt das Blatt des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Coerling,

Der Reichshaushalt für 1926.

Das Reich beschäftigt 260 000 Personen.

Zu den wichtigsten und dringlichsten Aufgaben des Reichstags wird die Weiterführung der dritten Lesung und endliche Verabschiedung des Haushalts für 1926 gehören. Gleichzeitig wird er die Beratung des Haushalts für 1926 aufnehmen und schnellstens zu fördern haben. Seit 1914 ist kein Etat rechtzeitig verabschiedet worden und es muß nun endlich mit aller Entschlossenheit darauf hingearbeitet werden, daß der Haushaltsplan, wie die Reichsverfassung im Artikel 85 bestimmt, vor Beginn des neuen Rechnungsjahres gesetzlich festgelegt wird. Waren für die in den vergangenen stürmischen Jahren eingetretene Lage Uebung und Weitschweifigkeit der Verhandlungen gewisse Entschuldigungsgründe anzuführen, so hat der Reichstag bei den jetzigen stabileren Verhältnissen die Pflicht, im Interesse seines Ansehens und der Wahrung seiner wichtigsten Rechte unter Beiseitstellung aller anderen Rücksichten mit größter Energie die rechtzeitige Verabschiedung des Etats zu bewirken. Die bei jeder Bureaucratie bestehende Neigung zu Uebergriffen — es sei hier nur an die Ruhrentschädigungen und an zahlreiche Fälle von Kreditgemehrungen erinnert — wird selbstverständlich gefördert, wenn bei Beginn des Etatsjahres nicht feste, bindende Beschlüsse vorliegen.

Der Entwurf des Haushaltsplanes für 1926 läßt sich in Einnahme und Ausgabe ab mit 7713 Millionen Mark. In 1925 in Einnahme mit 7292 Millionen Mark, in Ausgabe mit 7 107 906 542 Mark. In 1914 waren es 3497 Millionen Mark. In dieser Endsumme sind die Ausgaben für die inneren Kriegskosten und für den aus dem Reichshaushalt zu bestreitenden Teil der Reparationsleistungen sowie auch die Steuerüberweisungen an die Länder, letztere mit einem Betrage von 2337 Millionen Mark enthalten, so daß also diese Endsumme einen sehr großen Teil aller öffentlichen Ausgaben Deutschlands umfaßt.

Im einzelnen entfallen auf die sächlichen Verwaltungsausgaben und auf die Ausgaben für allgemeine und besondere Sozialwerke 1672 Millionen Mark, auf Ruhegehälter und Versorgungsgeldern 1557 Millionen Mark und zwar auf die Zivilversorgung 895 Millionen, auf die Militärversorgung 1467 Millionen und auf persönliche Ausgaben rund 676 Millionen Mark. Diese 676 Millionen Mark umfassen alle Bezüge von im ganzen 260 458 Personen, und zwar im einzelnen von 94 098 planmäßigen Beamten, 5029 außerplanmäßigen Beamten, 2216 Wartegeldempfängern und Bundes- und Gemeindebeamten, von 10 238 Angestellten, von 25 882 Arbeitern und von 114 055 Soldaten der Wehrmacht.

Von den 94 000 planmäßigen Beamten beschäftigt allein das Reichsfinanzministerium 72 670, ihm folgt das Arbeitsministerium mit 18235 und das Wehrministerium mit 4861. Auch die Angestelltenzahl ist mit 9216 am größten im Reichsfinanzministerium, an zweiter und dritter Stelle stehen das Wehrministerium mit 3825 und das Reichsverkehrsministerium mit 2221. Von den rund 260 000 Arbeitern stehen 19 000 beim Wehrministerium und 3500 beim Reichsfinanzministerium in Arbeit. Das Reichsfinanzministerium ist also jetzt das bei weitem größte aller Reichsministerien.

Angestellte und Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten befaßte sich am 13. Januar mit dem zu erwartenden Gesetzentwurf zur Änderung der Erwerbslosenfürsorgeverordnung, durch den nicht die krankversicherungsrechtlichen höheren Angestellten beitragspflichtig und unterstützungsberechtigt gemacht werden sollen. Die Ausdehnung des Personenkreises soll auf alle Angestellten mit einem Jahresverdienst von mehr als 2400 M. (Krankenversicherungspflicht) bis zu 600 M. (Angelegenheitsversicherungsgrenze) erfolgen. Bei der Berechnung der Beiträge soll der Teil des Arbeitsverdienstes außer Betracht bleiben, der die Krankenversicherungspflichtgrenze überschreitet. Die Beitragsentziehung soll auch für die höheren Angestellten durch die Orts- und Betriebskrankenkassen, also nicht durch

die Erwerbslosen erfolgen. Die bereits seit 1925 Stellenlosen sollen erfasst werden, soweit sie mindestens drei Monate, die bereits 1924 Stellenlosen, soweit sie innerhalb der zwei Jahre sechs Monate eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben.

Aufhäuser (Soz.) beantragte, daß die Voraussetzung der dreimonatigen Arbeitsleistung auch für die bereits 1924 arbeitslos gewordenen Angestellten festgesetzt wird. Es sei eine Härte, bei den nach der Instanz abgebauten Angestellten eine sechsmonatige Zwischenbeschäftigung als Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung zu verlangen. Er verlangte weiter, daß das Gesetz unverzüglich ohne weitere Ausschüßberatung verabschiedet wird, damit die Angestellten noch im Januar ihre Unterstützung ausgezahlt bekommen können. Die Beitragsleistung beginnt mit dem 1. Februar. Die bürgerlichen Parteien verlangten, daß die Erwerbslosen zur Beitragsentziehung zugelassen werden sollen. Zur Erledigung der Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, um morgen die endgültige Entscheidung des Vollausschusses herbeizuführen.

Die Kirche für den Narbenpastor.

Müchmeyer bleibt Vorwurf erhalten.

W.B. verbreitet folgende Meldung:

Zu dem Urteil der Disziplinarkammer der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover in der Angelegenheit des Pastors Müchmeyer-Vorkum, das betamlich auf Erzielung eines Verweises lautete, wird dem Evangelischen Pressedienst mitgeteilt:

Die Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit seit Monaten erörtert werden, haben keine Bestätigung gefunden, insbesondere ist die Behauptung über die Beziehungen zum weiblichen Geschlecht widerlegt. Der Vorwurf der Katholikeneiße in Vorträgen und Predigten ist gleichfalls nicht erwiesen. Zahlreiche Zeugen, darunter eine Anzahl Katholiken, haben bekundet, daß in keiner Weise katholikeneiße oder verletzende Äußerungen gefallen sind, dagegen hat Müchmeyer nach Auffassung des Disziplinargerichts in seinem an sich berechtigten Kampf gegen die Uebelstände in seiner Gemeinde und ebenso in seiner politischen Betätigung die ihm durch sein geistliches Amt gezogenen Grenzen nicht immer innegehalten, was besonders auch gegenüber staatlichen Behörden und Beamten geschah. Aus diesem Grunde wurde er mit einem Verweis bestraft.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb am 8. Dezember vorigen Jahres:

In Unschäthern werden Briefe über einen Verkehr des Vorkumer Pastors Müchmeyer mit einer erkrankten jungen Dame veröffentlicht.

Die mehr als widerwärtigen Eindruck machen.

Uns ist bereits vor einiger Zeit von gut völkisch gesinnter Seite umfangreiches Material mitgeteilt worden, das die Eignung des Herrn Müchmeyer zum Seelsorger, namentlich aber in einem Baderort, in dem doch der Friede zwischen den verschiedenen christlichen Bekenntnissen ganz besonders vor Störungen bewahrt bleiben sollte, mehr als zweifelhaft erscheinen ließ. Wir haben geglaubt, uns mit der Angelegenheit nicht beschäftigen zu sollen, da die notwendige Remeubor vor allem Sache der kirchlichen Behörden war, die kürzlich auch eingegriffen haben. Nach Veröffentlichung dieses uns bisher unbekanntes Briefwechsels können wir uns wohl mit der Bemerkung begnügen, daß dieses Eingreifen reichlich spät erfolgt ist!

Die Briefe sind seinerzeit wiedergegeben worden. Aus ihrem mehr als widerwärtigen Inhalt sei folgendes in Erinnerung gebracht: Herr Müchmeyer gab zu, Fräulein H. zweimal geküßt und ihren Leib abgetastet zu haben, doch wollte er das nur getan haben, um die Narbe eines Bauchschnittes zu untersuchen. Fräulein H. bezeichnete die Reinwaschungsvorgänge des Pfarrers als eine Schande. Schließlich wurde der ganze Tatbestand eidllich erhärtet.

Und dennoch: Müchmeyer bleibt!

Ein zeitgemäßes Tagebuch hat die Gräfin Bombardier, die in der Petersburger Gesellschaft 40 Jahre hindurch eine hervorragende Rolle spielte, über die gesellschaftlichen Ereignisse ihrer Jugend geführt. Allerdings entbehrt dieses Tagebuch jeglichen literarischen Ueberflusses, den man sonst von Tagebüchern junger Mädchen erwarten zu dürfen glaubt. Trotzdem ist sein Inhalt äußerst reichhaltig und interessant, wenn gleich die Statistik, die die Gräfin darin aufgestellt hat, doch nicht ganz an die Leistungen junger Salon- und Tanzdienerinnen von heutzutage heranreichen dürfte. Sie berichtet von 372 Bällen, die sie mitgemacht habe, darunter 225 vor ihrer Verheiratung. Wie gut ihr die Vermählung bekommen sein muß, läßt sich daraus schließen, daß sie vor ihrer Ehe nur 18 Liebeserklärungen zu Frühen gelegt bekommen hat, darunter 12 mit dem bedingungslosen Anerbieten zu sofortiger Heirat, während die nach ihrer Verheiratung nicht weniger als 272 Männer mehr oder weniger verbalenweise sich um ihre Reizung bewarben, wovon 100 sich im Richteramt zur Eheschließung zu erdlichen drohten — leider erzählt man nicht, wieviel diese Drohung wahr gemacht haben — und von denen weitere 150 sich bereit erklärten, sie alsbald nach der sofort zu vollziehenden Scheidung heiraten zu wollen. Ein dunkles Kapitel ist das der Einschüpfung der Intelligenz ihrer Bewerber. Nur drei bezeichnet sie als ausgesprochen geistreich, während sie für alle anderen eine nähere Bezeichnung in dieser Beziehung vermissen läßt, woraus man ja allerdings noch nicht unbedingt auf hoffnungslose Idiotie zu schließen braucht. Die Gesamtlänge der von ihr absolvierten Tänze berechnet die Gräfin auf 20 000 Kilometer, worauf sie also das erhebende Bewußtsein gründen kann, eine Strecke gleich dem halben Erdumfang tangenzweise zurückgelegt zu haben.

Theater-Anekdoten. Im Mittelungsblatt der Eisenacher Volksbühne wird erzählt:

Bei einer Volksbühnen-Vorstellung dauerte die eine Pause etwas reichlich lange. Die Mitglieder wurden unruhig und begannen erst leise, dann immer lauter mit den Füßen zu scharen und zuletzt zu trampeln. Da mißt sich plötzlich vom Rang herab die Stimme eines Besuchers in den Saal und ruft laut in den Saal: „Aber erlauben Sie mal, hier ist doch kein Zirkus!“ Prompt ertönt da aus dem Saal eine andere Stimme nach oben: „Nein, kein Zirkus, aber auch kein Wartesaal!“ Nicht endemüllendes Gelächter befohnte die schlafertige Antwort.

In einer „Teil“-Vorstellung geschah ein Versprochler eines Schauspielers, der, wenn er vom Publikum gemerkt worden wäre, leicht die ganze Aufführung hätte in Frage stellen können. Gleich zu Anfang des Stückes hat der betreffende Darsteller die Ankunft Baumgartens mit folgenden Worten zu verkünden: „Dort kommt ein Mann in voller Haft gelaufen.“ In der Eile und natürlichen Erregung sprach der Schauspieler aber nicht diese Worte, sondern er brachte den Satz folgendermaßen heraus: „Dort kommt ein voller Mann in Haft gelaufen!“

Eine Holberg-Renaissance, die schon vor einigen Jahren mit der erfolgreich aufgenommenen Ueberführung des „Politischen Knechtlers“ durch den bekannten Strindberg-Verdauender Heinrich Goebel angebahnt wurde, ist um eine melanische Lat bereichert worden durch die Wiederbelebung der Komödie „Neppe vom Berg“ (Der verwandelte Bauer), an der der Bühnenbearbeiter

Kursrückgänge an der Börse.

Bereits vorberichtlich zeigte sich heute verhältnismäßig starke Mattigkeit, infolge der Enttäuschung über das endgültige Scheitern der Großen Koalition. Die erneute Schwäche des französischen Front trug ebenfalls zur allgemeinen Vertimmung bei. Erst im weiteren Verlaufe machte sich das Schiffahrtsmarkt ausgehend, eine leichte Erholung geltend, die durch die außerordentliche Flüssigkeit des Geldmarktes noch unterstützt wurde. Die in den letzten Tagen stark erhöhten Nebenwerte schwächten dementsprechend ab. Rontanaktien bis zu 3 Proz. durchweg rückgängig, darüber Buderus, Harpener, Hoelsch, Rhein Stahl, Mannesmann. Auch Kassaktien rückgängig. Farben und Elektrowerte stiller, Banken durchschnittlich 1/2 Proz. ermäßigt, darüber noch Handelsanteile. Schiffahrtsaktien noch anfänglicher Schwäche recht gut behauptet unter Führung von Roland-Binie. Am Rentenmarkt nahm eine Reihe von Altbesitzern Realisationen vor, so daß auch hier die Kurse nach unten gingen. Schußgeld 4,20, Kriegsanleihe 0,210, Ungarn und Ruzebonier beachtet. Der Geldmarkt bleibt außerordentlich flüssig. Täglich Geld 5 1/2 bis 7 1/2, Monatsgeld hat gar kein Interesse. Der französische Front war vorberichtlich 129 und ging bald darauf im offiziellen Verkehr auf 130 1/4 zurück.

Finanzkommission gegen Finanzminister.

Sehr starke Mehrheit gegen Doumers Vorlage.

Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat am Dienstag die Beratung über die Finanzvorlage Doumers begonnen. Sie hat sich mit 22 gegen 4 Stimmen gegen die Eingliederung der 3 Milliarden in das Budget für 1926 ausgesprochen, die aus der am 1. Dezember vom Parlament bewilligten Erhöhung erwartet werden und die von Loucheur als einmalige außerordentliche Einnahme zur Tilgung der damals neu ausgegebenen Noten in Aussicht genommen war. Weiter hat die Kommission die Einordnung der zur Zurückzahlung der Vorschüsse der Bank von Frankreich in Aussicht genommenen 2 Milliarden in die Ausgaben abgelehnt. Damit hat die Kommission sich bereits gegen die Vorlage Doumers ausgesprochen, da diese beide Maßnahmen in der Vorlage Doumers eine Hauptrolle spielen.

Herriot wieder Kammerpräsident.

Parlamentbeginn auch in Frankreich.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Dienstagssitzung der Kammer, mit der die ordentliche Session für 1926 begonnen hat, wurde mit der Rede des Alterspräsidenten des Hauses, des radikalsozialen Abgeordneten Professor Vinard eröffnet. Nachdem er einleitend das Werk von Locarno als das große Ereignis des verflochtenen Jahres gefeiert hatte, kam Vinard auf die innerpolitische Lage zu sprechen. Er trat dem Pessimismus entgegen, mit dem vielfach die finanzielle Situation Frankreichs beurteilt werde. Angesichts der moralischen Haltung des Landes, die sich in der Opferbereitschaft weitester Kreise von Industrie und Landwirtschaft gezeigt habe, habe man wirklich keinen Grund, das Vertrauen zur Wiederherstellung der Wohlfahrt Frankreichs zu verlieren. Sodann schritt man zur Neuwahl des Präsidenten.

Herriot wurde ohne Gegenkandidaten mit 300 von 324 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die Rechte übte Stimmenthaltung, die Kommunisten stimmten für ihren Kandidaten.

Begen des Attentats, das unlängst auf den Reichsaussenminister Dr. Stresemann geplant war, ist nunmehr die Untersuchung eröffnet worden. Sie wird geführt von dem Untersuchungsrichter Graf von Bondorff III Berlin. Die Haupttäter Koldorff und Lorenz befinden sich in Untersuchungshaft.

Der Verein der ausländischen Presse in Berlin hat beschlossen, daß in Zukunft auch reichsdeutsche Journalisten, die in der Hauptsache für ausländische Blätter arbeiten, aufgenommen werden können. Zum Vorsitzenden wurde Blum („De Journal“, Paris), zu seinem Stellvertreter Weyer („Intern. Revue Serotie“, New York), gewählt.

Sonnenaufgang im Hofen.

Von Jens Bornsen.

Ritten im Hofen liegt die Sonne.

Rundum stehen beschnittene Gestrüpe der Hellingen, kantige Borbe der Schiffe, über die die weiße Last schwer überhängt. Die Wellen fahren rascher und blanke, und da wo der Morgenröte ihnen das Spiel freigibt. Feine braune Wangen haben sie, die aufleuchten, jäh einen Sprühregen von tausend Farben hochwerfen und verblissen. Aber was sind ihre Funken, was sind die grimmigen Pelzgesichter der Bersten gegen das Wunder, das über das Wasser zu uns kam. Ich sage euch, mitten im Hofen liegt heute die Sonne. Aus ihrer Ferne ist sie unter uns getreten, die liebhaft Unschliche scheint mitten in unseren braunen Rebeln zu wohnen.

Selbst der blaue Winterhimmel ist mit ihr gekommen, liegt tief über unseren Häuptern. Ganz eng sind wir in unserer Welt, alle Hintergründe sind ins Weisse verflunten. Nur wir sind noch da, die dunklen Schiffsborde mit den feierlichen Fragen, die Hellingen, die vor Entsetzen dröhnen und hämmern, die freisenden Rebel und schwelstlich nah die Sonne, die sich vor unseren Augen entzündet.

Ein kleiner schwarzer Schlepper fährt mitten in die Andacht, als käme er pfeilschnell aus einer Tiefe aufgeschossen, heutste uns an, um uns aus unserer Einsamkeit aufzuschrecken. Aber er hat einen bösen Weg gewählt, hatte die Sonne wohl nicht brennen sehen. Die hat den Dampf in Flammen gesetzt, ihr brennender Kreis wird größer und runder, ihre Farben aus dumpfem Rot zu leuchtendem Mangold mit purpurnen Reichen. Alles was sie berührt, lodert auf. Die griesgrämigen Schiffe schmelzen zu goldenen Gerüsten, von den Krantköpfen träuft das Feuer in alle Wollen und Tonnen der Schuten, unter Wasser muß schon ein Haus in hellen Bränden stehen. Auch der Schlepper steht jetzt in Flammen und fährt brennend vor der Wehlgut des Schnees an den Ufern entlang, und fährt und pfeift, bis er jäh wieder in den Rebel verflunten ist.

War die Sonne ihres Wertes zufrieden? Sie hebt sich steil von dem entzesselten Feuer. Der Himmel wird höher, kleine weiße Eiswölfe umgieren ihn. Der Dampf des Hofens ist verbrannt, alle Dinge sind körperlicher zu den schwarzweißen Farben ihrer Wäse gewandelt. Das Wasser leuchtet noch, aber es liegt blich und grünlich und steigt müder an den verpaktten Kais und verruchten Schiffswänden auf. Ach, auch der Schnee schmilzt zu grauen Pfützen und Klaffen, seine weiße Fläche wird zerschmittten, von Kohle zerfressen und von heißen Schlotwinden geschmolzen. Alles reißt sich, da die Sonne ferner fuhr, die Trunkenheit ihres Brandes hat die Welt verlassen. Die Pfeifen heulen, Sirenen legen an, Ruhe, Schreie, raschende Binden und Prohms weden wieder den nuchlern Mistig.

dieser neuen Holberg-Ausgabe, Dr. Edgar Groh, einen starken Anteil hat. Die Uraufführung dieses Wertes unter der Regie von Dr. Edgar Groh fand am Mitteldeutschen Landestheater, Halle a. S., begeisterte Aufnahme.

Schmierseife als Bakterientöter. Ueber die Desinfektionsfähigkeit der Seifen, die von deutschen Forschern verschiedentlich untersucht worden ist, hat der amerikanische Gelehrte Dr. John E. Walker neue Studien angestellt, von denen die „Umchau“ berichtet. Er hebt besonders die bakterientörende Wirkung der Schmierseife hervor und kommt zu dem Ergebnis, daß die Erreger der Augenentzündung, der Diphtherie und der Blutvergiftung durch gewöhnliche Schmierseife vernichtet werden; auch Inphuskeime werden unschädlich gemacht, wenn zur Herstellung der Seife Kalkwasser verwendet wird. Alle von ihm untersuchten Seifen zeigten bei höheren Temperaturen eine Verstärkung der bakterientörenden Wirkung. Fast alle Seifen reichten aber nicht aus, um den Staphylococcus aureus, einen der wichtigsten Eitererreger, abzutöten. Nur eine Natrium-Harz-Seife erwies sich gegen ihn wirksam. Wäskt man sich in gewohnter Weise die Hände, so enthält der Schaum etwa 8 Proz. Seife, die zur Abtötung der Bazillen der Augenentzündung und Diphtherie genügen. Da aber auch das sorgfältigste Waschen den Staphylokokken nichts anhaben kann, so ist eine völlige Desinfizierung der Hände durch Waschen mit Seife nicht möglich. Die von Walker untersuchten „antiseptischen“ Seifen waren nicht wirksamer als Schmierseife, ja in vielen Fällen weniger wirksam.

Hamburg als viergrößter Hafen. Die im Gefolge des Krieges aufgetretenen gewaltigen Verschiebungen des Weltverkehrs haben ihren bezeichnenden Ausdruck in den Verkehrsziffern der Haupthäfen der Welt, die in „Werst, Reederei, Hafen“ für das Jahr 1924 mitgeteilt werden. Danach steht New York mit 37,3 Millionen Tonnen an der Spitze; es folgen Hongkong mit 35,7, Antwerpen mit 31,3 und Hamburg mit 30,9 Millionen. Hamburg steht danach an vierter Stelle, und erst an fünfter kommt London mit 29,4, dann Liverpool mit 24,7, Schanghai mit 24,7, Rotterdam mit 22,4, Kobe mit 22 und Singapur mit 20,5 Millionen Tonnen. Nach diesen Angaben haben die amerikanischen und asiatischen Häfen durchweg starke Steigerungen erzielt. Auch der Verkehr im Hamburger Hafen hat sich gesteigert und ist von 28 625 522 im Jahre 1913 auf fast 31 Millionen Tonnen gestiegen.

Der Wiederaufbau von Tokio. Der Plan zum Wiederaufbau des Zentralgebietes von Tokio ist jetzt im wesentlichen fertiggestellt. Besonders bemerkenswert ist, daß in den Hauptverkehrsstraßen nur noch der Bau von achtstöckigen Stein- oder Eisenbetondeckeln mit Kellern nach europäischem Muster erlaubt ist, so daß das Stadtbild von Tokio immer mehr europäischen Charakter erhalten wird. Die alten Barockgebäude dürfen noch sieben Jahre stehen bleiben.

Waldbrand. Schilling's bringt im Kongreß des Deut. Entomologen-Vereins am Sonntag, den 17. d. Mt. (Waldner-Sozi) folgende Werte zur Aufzählung: Schumann: Entomologie, Entomologie, Entomologie, Wagner: Waldbrand-Verbreitung.

Die Reichsstaatsbank, die für 1926 geplant war, muß infolge der allgemeinen mangelhaften Lage auf das Jahr 1927 befristet werden. Zum Jubiläum des Hamburger Schauspielhauses in Eric Siesel, der bisherige Leiter der Hamburger Kammerspiele, gewählt worden.

Der Münchener Massenmord.

Der zwölffache Mord durch Freikorps „Lühow“.

München, den 12. Januar 1926. (Wd. 3.)

Vor dem Schwurgericht des Sozialgerichts München I beginnt am Mittwoch der Prozeß gegen die „Kaufleute“ Pöizing aus Berlin-Lempelhof und Prüfert aus Berlin wegen Ermordung von 12 Verlach-Arbeitern. Die Straftat gehört zu denen, die der Heidelberger Dozent E. A. Gumbel in seinem Buche „Der Jahre politische Mord“ angeführt hat.

Als im Mai 1919 die Bayerische Räterepublik durch bayerische und preussische Freikorps niedergeschlagen wurde, rückte am 1. Mai das preussische Freikorps Lühow in Verlach ein, um den Vormarsch nach München fortzusetzen. Das Korps blieb nur einige Stunden in Verlach, und der Kommandeur Major v. Lühow nahm bei dem protestantischen Pfarrer Hell Quartier. Als er dort Abschied nahm, bat er den Pfarrer, ihm nach München zu telefonieren, sobald in Verlach sich Unruhen erheben würden. Am 4. Mai rief die Frau des Pfarrers Hell den Major v. Lühow in München telefonisch an und teilte ihm mit, es seien jetzt in Verlach Unruhen ausgebrochen und die Lage sei sehr schwierig, der Major möge doch ein Kommando nach Verlach entsenden. Major v. Lühow sandte sofort den jetzigen Angeklagten Leutnant d. R. Pöizing mit einem Kommando nach Verlach. Pöizing erkundigte sich in dem Pfarrhaus nach den Unruheleistern und ließ daraufhin etwa sechzehn Arbeiter verhaften. Rumpfe hatten auch an diesem Tage in Verlach nicht stattgefunden und die Arbeiter, die keine Waffen besaßen, leisteten der Verhaftung keinen Widerstand und machten auch keinen Mordversuch. Sie wurden im Verlach-Gasthof „Zur Post“ untergebracht, und als der Wirt ihnen Kaffee geben lassen wollte, wurde von Mitgliedern des Kommandos gefolgt:

„Die brauchen nichts mehr!“

Einige der Verhafteten wurden sofort wieder entlassen, die übrigen mußten Bleistift, Messer und Geldbörsen abgeben und wurden um 5 Uhr früh auf einem Lastauto nach dem Münchner Hofbräuhaus gebracht.

Der jetzige Angeklagte, damalige Bizefeshwebel Prüfert ließ bei der Ankunft im Hofbräuhauskeller den Hafnermeister Ludwig sofort

hinter das Lastauto führen und eigenmächtig erschließen.

weil ihm Ludwig als „kommunistischer Rädelsführer und Hehrer“ bezeichnet worden war. Zwei andere der Verhafteten wurden auf freien Fuß gesetzt und die übrigen elf in einem Hof unter den Arkaden des Hofbräuhausgartens, der mit Brettern verschalt wurde, untergebracht.

Beim Leutnant Pöizing war der Befehl des Majors v. Lühow eingegangen, sofort nach Schwabing weiter zu marschieren. Er nahm nun mit dem Feldwebel Prüfert Rücksprache darüber, was mit den Gefangenen geschehen sollte, die bei dem Vormarsch tätig waren. Wie die Anklage annimmt, haben die beiden

nur um der Unbequemlichkeit eines Gefangenentransports durch München zu entsagen, die Leute einfach erschließen lassen.

Jemande „standgerichtliche“ Verhandlung hat nicht stattgefunden, Widerstand, Meuterei oder Fluchtversuche sind nicht vorgekommen. Ein standgerichtliches Verfahren wäre auch ganz unmöglich gewesen, weil den preussischen Truppen die Befugnis zum Standrecht in Bayern nicht verliehen war und die Verhafteten an die bayerische Militärbehörde zur Aburteilung hätten abgeliefert werden müssen.

In der Erschießung der 11 übrigen Verlach- Arbeiter, die Prüfert zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Hofraum des Münchner Hofbräuhauses vornehmen ließ, sowie in der vorher von Prüfert allein veranlaßten Erschießung des Hafnermeisters Ludwig erblickt die Anklagebehörde

vorzähligen Mord mit Ueberlegung.

Pöizing ist dieses Verbrechen in 11, Prüfert in 12 Fällen angeklagt. Der Tatbestand wird von den beiden Angeklagten nicht bestritten.

In der Voruntersuchung hat Prüfert angegeben, er habe auf Befehl des Leutnants Pöizing gehandelt. Das würde ihn jedoch strafrechtlich nicht entlasten, denn er mußte wissen, daß dieser Befehl rechtsunwürdig war.

Pöizing bestreitet, den Befehl zum Erschießen gegeben zu haben. Er habe lediglich zu Prüfert gesagt: „Machen Sie mit den Leuten, was Sie wollen!“ Auch wenn das zuträfe, würde nach Ansicht der Anklagebehörde Pöizing sich schuldig gemacht haben. Beide Angeklagten hatten zunächst behauptet, sie hätten in Ausführung eines dienstlichen Befehls ihres direkten Vorgesetzten, des Majors Schulz, gehandelt. In der Voruntersuchung hat sich aber ergeben, daß Major Schulz erst nachträglich von der Erschießung erfahren hat.

Der Angeklagte Georg Pöizing ist jetzt 29 Jahre alt, war also bei Begehung der Tat 22 Jahre alt (!). Der Angeklagte Prüfert, der jetzt 32 Jahre alt ist, befindet sich zurzeit als Strafgefangener in Tegel.

Zu dem Prozeß sind über hundert Zeugen geladen, in der Hauptsache Verlach- und Münchener Einwohner, aber auch Major v. D. v. Lühow, der jetzt in Ostba wohnt, der Brandenburger Polizeikommissar Otto Schulz, der im Freikorps Lühow der Vorgesetzte der Angeklagten war, und der Oberpräsident, damalige Reichswehrminister Gustav Noske.

Schleuderpreise.

In großen Farben ist über die Schaufenster der „Inventurausverkauf“ gemalt. Die Fassaden der Häuser sind überklebt, und abends verdrängen Lichtstrahlen die „Enorm billigen Preise“. Handzettel werden verteilt, und manche Geschäftstrahen sehen wie Dekorationen zu einem Karneval aus. In die Schaufenster ist alles nur Erdenische hineingepackt worden, der kleine Raum sieht kaum die Wirkung der Fenster; an den Waren sind auffallende Schilder angebracht, auf denen in klaren Lettern der Preis verzeichnet steht. Es kommt nur darauf an, so viel wie möglich zu zeigen und den „billigen Preis“ in die Gehirne einzuhämmern. Ueberall unterbietet man sich. Letzten Endes ist jeder Wert nur eine Sache der Zeit, und man braucht bares Geld, um ein drohendes Verhängnis hinauszuschleichen, man ist gleichgültig geworden gegen die ursprünglichen Einkaufspreise, man zeigt ein robustes Gewissen darin. Was heute verloren wird, kann morgen vielleicht auf andere Art wieder gewonnen werden. Und mancher, der noch etwas Geld hatte, kaufte von einem anderen, dem das Wasser an der Kehle saß, billig einen Teil des Logers, eine „Wand“, wie man es im Geschäftsjargon bezeichnet. Ja, die Preise sind gefallen, besonders in der Konfektion. In einigen Geschäften werden Damenkleider und Herrenanzüge, die sogar zu tragen sind, für ein paar Mark verramscht, nur um die Selbstfrage zu lösen, und Wäsche notiert völlig unter pari. Doch die Zeiten der Inflation, in denen besinnungslos gekauft wurde, sind vorbei. Vielleicht fallen die Preise noch mehr; wenn es schon so billig ist, kann es noch billiger werden. Wer kann das wissen? Doch wer hat jetzt noch Weihnachten und dazu bei dieser Wirtschaftskrise Geld, um zu kaufen? Was sollen billige Preise, wenn diese nicht einmal bezahlt werden können? Man zeigt lockende Paradiese, doch der Eingang ist trotzdem verriegelt. Und daneben gibt es Geschäfte, die nicht daran denken, die Preise zu erniedrigen, denn diese bringen sie nicht, sondern sie mehr als die anderen, denn sie rechnen mit der Einstellung derer, die Geld besitzen und die nicht in Geschäften kaufen wollen, welche mit den Preisen schleudern. Eine

merkwürdige Einstellung, erst der Preis macht den Wert der Ware aus, aber trotz Arbeitslosigkeit und Gehaltsabbau gibt es noch immer solche Menschen.

Stets zeigt sich dasselbe Bild, wer viel besitzt, kann immer kaufen, und die anderen sind dazu nicht imstande, auch wenn die Preise den Gefrierpunkt erreicht haben.

Zum Preisabbau.

Wo bleibt Berlin?

Die Regierung auf Abbruch läßt sich trotz der wenig ermutigenden Erfolge ihrer Preisabbauaktion durchaus nicht davon abbringen, daß sie mit gutem Zureden und mit reichlichen Verordnungen in der Lage sein werde, eine Senkung der Preise herbeizuführen. Sie müßte es eigentlich wissen, daß nur der Druck der Verhältnisse die Warenbesitzer veranlaßt, ihre Gewinnspanne zu verringern und ihre Waren billiger abzugeben. Nur eine starke Konsumentenorganisation kann einen erheblichen Einfluß auf die Preise ausüben. Richtbestimmungen sind eine Keule der jetzt von der Reichsregierung zur Veröffentlichung gebrachten Gesetzesentwürfe geeignet, die Preisfestsetzungen mehr als bisher unter die Kontrolle der öffentlichen Meinung zu stellen. Wenn die angeführte Gesetzvorlage über die Gestaltung des Brotpreises das hält, was sie verspricht, so würde sie die Forderungen erfüllen, die wir wiederholt aufgestellt haben. Die Landesbehörden könnten dann das Boden von Einheitsbrot mit festgesetztem Gewicht anordnen, das jedem Brot eingestempelt werden muß. Diese Mittel erleichtern die Preiskontrolle, sind aber für die Preisbildung ohne Einfluß. Gerade in Berlin sind Preisbildungen ganz eigenartig. Aus Pommern, dessen Landwirtschaft die Hauptlieferantin für die in der Reichshauptstadt verbrauchte Milch und Butter ist, werden erhebliche Preisrückgänge gemeldet. Berlin ist infolge des starken Angebots dänischer Butter und des Nachlassens des Verbrauchs nicht in der Lage, einen nur geringen Anteil der pommerschen Milch- und Butterproduktion aufzunehmen. In Pommern sind Milch- und Butterpreise sehr erheblich gefallen. Und wie ist es mit Berlin? Beim Fleisch liegen die Dinge ähnlich. In den ersten Tagen des Januar war der Viehtrieb auf dem Zentralviehhof so stark, daß eine erhebliche Senkung der Viehpreise eingetreten ist. Der Viehtrieb, besonders der an Schweinen, hat an den beiden letzten Markttagen nachgelassen und das brachte natürlich eine Steigerung der Preise. Das kann vorübergehend sein, weil der bei den Landwirten herrschende Geldmangel diese zwingt, bald wieder in größerem Umfang Vieh, für das sie sofort beim Verkauf bares Geld erhalten, auf den Markt zu bringen. Das Fleisch aber ist in Berlin nicht billiger geworden. Die Ladenschlächter erklären, daß sie schon seit langer Zeit die niedrigen Preise zur Grundlage ihrer Kalkulation gemacht haben und daß sie daher nicht in der Lage seien, eine Preisherabsetzung vorzunehmen. Sie rechnen allerdings mit weiteren Rückgängen in den Viehpreisen und werden dann auch in der Lage sein, die Fleischpreise zu verbilligen. Die Kalkulationen — das ist eben der Witz bei der Sache. Von Tagen sagte man, sie seien Fragen und mit den Kalkulationen ist es nicht viel anders. Wie es mit den Kalkulationen der Fleischer aussieht, das zeigt der Fall des Altonaer Obermeisters, der jüngst vom „Hamburger Echo“ veröffentlicht wurde. Dieser führte in seinen Kalkulationen Bier, Schnaps, Crog, Blumen und ähnliches auf. Es soll auch vorkommen, daß in den Kalkulationen auch die Ware einbezogen wird, die im eigenen Haushalt des Schlächtermeisters verbraucht wird. Gegen alle diese Maßnahmen, die trotz der zugebilligten niedrigen Verdienstspanne große Gewinne ermöglichten, hilft eben nur die Organisation des Konsums.

Die Schwierigkeiten der Straßenbahnbeheizung.

Bisher erst 50 Wagen umgebaut.

Die Direktion der Straßenbahn hat beschlossen, die neuen gelben Wagen mit elektrischen Heizkörpern zu versehen, denen durch Umfaltungsvorrichtungen aus der Oberleitung Wärme zugeführt wird. Wie wir hören, sind bis jetzt erst 50 der neuen Triebwagen mit den Heizkörpern versehen worden, so daß es in diesem Winter kaum mehr gelingen dürfte, eine allgemeine Beheizung der neuen Wagen durchzuführen. Als Grund für die Verzögerung wird von der Straßenbahn darauf hingewiesen, daß es nur sehr schwer möglich ist, die Straßenbahnwagen aus dem Verkehr zu ziehen, um den Einbau der Heizkörper auszuführen. Zunächst hatten sich die neuen Heizkörper nicht recht bewährt, da sie zuviel Strom verbrauchten und das Tempo der in Fahrt befindlichen Wagen verlangsamten. Vor allem fehlte es an jeder Erfahrung, da bisher noch keine Versuche mit derartigen Heizanlagen gemacht worden sind und auch bisher keine Straßenbahn in Deutschland zu dieser Einrichtung übergegangen ist.

Gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Tagung der Handwerker.

Gestern fand eine Versammlung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks statt, die sich mit den Preisabbauentscheidungen, soweit sie die Handwerkerinteressen betreffen, befaßte. Die Stimmung der Versammlung war im Anfang sehr stürmisch und entriest über die „Zumutungen“, die die Regierung mit diesen Entwürfen an die Handwerker stellte. Es kam soweit, daß der Reichswirtschaftsminister der Regierung Luther nicht einmal in der Lage war, infolge der andauernden stürmischen Unterbrechungen sein Handwerkerprogramm darzulegen.

Es ist erfreulich, daß die Handwerker, die nicht ganz unschuldig sind an der Wirtschaftspolitik der verlassenen Rechtsregierung, durch die Entwicklung endlich zu der Erkenntnis geführt wurden, daß in erster Linie für die Verschärfung der an sich unausbleiblichen Wirtschaftskrise diese Wirtschafts- und Steuerpolitik verantwortlich ist. Es ist ebenso erfreulich, daß diese Kreise zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Wirtschaftsdiktatur nicht geeignet ist, uns aus diesen Nöten herauszuführen. Alles dieses kam in den Hauptreferaten der Sgndici Dr. Meusch und Hermann zum Ausdruck. Aber was unbegreiflich ist und von einer egoistisch eingestellten Politik zeugt, ist die Tatsache, daß die Handwerker bei der Preisabbauaktion, die die Regierung eingeleitet hat, eine Extrawurfs geboten haben wollen. Man kann über diese Preisabbauaktion denken wie man will, aber eine Regierung, die sich von dieser Preisabbauaktion Erfolg verspricht, und als eine der wirksamsten Maßnahmen die Kartellbekämpfung, d. h. vertragmäßige Vereinbarungen zur Hochhaltung der Preise bekämpft, kann natürlich bei Einrichtungen der Handwerker, die dasselbe Ziel verfolgen, nicht Halt machen. Und daß solche kartellartige Preisvereinbarungen bei den Handwerkern bestehen (Richtpreise unter Androhung von Konventionalstrafen), das wurde ja selbst von den Referenten zugegeben. Warum also dies große Geschrei? Doch nur deswegen, weil gewisse Kreise des Handwerks es noch nicht verstanden haben, sich den Erfordernissen der modernen Wirtschaft anzupassen und sich jetzt künstlich gegen den Wettbewerb, dem sie nicht gewachsen sind, schützen möchten. Die fortschrittlichen Kreise des Handwerks sollten sich gegen den Junggeist doch zu schützen wissen und den Kampf in der freien Konkurrenz ganz ruhig aufnehmen. Man ist kein Handwerkergegner, wenn man dies offen ausspricht, im Gegenteil ein Handwerkerfreund, einer, der dem Handwerker auf die Dauer mehr nützt, als diejenigen, die den Beharrungsstand des Handwerks münchen. Die Resolution, die zur Annahme gelangte, brachte in dieser Frage nichts Neues. Sie wendet sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, gegen die Steuerpolitik, gegen die Wirtschaftsdiktatur, erhebt schärfsten Protest gegen die handwerkerfeindlichen Preisabbauentscheidungen und empfiehlt Vereinfachung der Vermaltung, Änderung der Steuerpolitik und ähnliche bekannte Mittel zur Abwendung der drohenden Wirtschaftskatastrophe.

Vorsicht beim Heizen in Wohnlauben.

Die Berliner Feuerwehr wurde heute morgen mehrmals alarmiert, weil Wohnlauben in Brand geraten waren. Der erste Feueralarm kam um 2 Uhr früh aus Reinickendorf, wo in der Kolonie „Schillerhöhe“ eine Wohnlaube mit Stall und Nebenräumen in Flammen stand. Trotz anstrengender Tätigkeit der Feuerwehr brannte die Laube nieder. Einige Zeit später wurde die Wehr nach der Kolonie „Freiheit“ in Niederschöne weide gerufen, wo ebenfalls in einer Wohnlaube Feuer ausgebrochen war. Hier gelang es infolge des schnellen Eingreifens der Wehr, den Brand zu löschen. Heute vormittag um 11 Uhr brach in der Kolonie „Wilhelmstal“ in der Nähe der verlängerten Landoberberger Allee gleichfalls in einer Wohnlaube ein Feuer aus, wo trotz Eingreifens der Wehr die Laube ein Raub der Flammen wurde. — Die große Wohnungsnot und die ständig steigende Miete hat viele Familien hinaus in die Außenbezirke der Stadt getrieben, wo sie in leichten Holz- und evtl. Fachwerkbauten haufen. So angenehm wie dieser Aufenthalt im Sommer auch sein mag, so unangenehm ist er im Winter, besonders bei starkem Frost. Die meist sehr leicht gebauten Wohnlauben bieten nur geringen Schutz gegen Witterungseinflüsse, so daß an besonders kalten Tagen die Defen — meist eiserne Herde — zu stark geheizt werden. Hierin liegt wahrscheinlich der Grund der vielen Brände. Die Kohre, die zum Dach hinausgeführt werden glühend und dann entzündet sich das leicht brennbare Dach. Fahrlässigkeit oder Unachtsamkeit kann über die Familie namenloses Unglück bringen. Denn nicht nur der Hausrat fällt den Flammen zum Opfer, sondern auch Leben und Gesundheit der Angehörigen werden aufs Spiel gesetzt. Also: Vorsicht beim Heizen in Wohnlauben.

Sechs Millionen für eine neue Strafanstalt in Brandenburg.

Am Donnerstag, den 14. Januar, werden die Stadtväter von Brandenburg über den Neubau einer Strafanstalt endgültig beschließen. Die Bautkosten belaufen sich überflüssig auf etwa 6 Millionen Reichsmark. Die Justizverwaltung verpflichtet sich, im Falle des Neubaus die alte Strafanstalt nicht mehr für Strafvollzugszwecke zu verwenden.

Nach deutsch-französischer Verständigung über die französische Bafior Romand am Dienstag, den 10. Januar, 6 Uhr, Straßener Platz 32, Hof 1 Tr., in der Uffizialen Arbeitsgemeinschaft „Rette“. Weitere Auskunft gibt Pfarrer Urban, Michaelstraße 2.

Der Besuch im Schnee.

In Reapel ist so reichlicher Schneefall eingetreten, wie man ihn seit dem Jahre 1892 nicht mehr erlebt hat. Die Stadtverwaltung ist wegen der Forträumarbeiten in großer Verlegenheit. Der Besuch und alle Hügel der Sorrentinischen Halbinsel sind mit Schnee bedeckt und bieten bei dem gleichzeitigen feurigen Wchentege ein bezauberndes Bild. Im Süden schneit es bis nach Salerno und Capriano hinunter. Die Temperatur steht unter dem Gefrierpunkt. In Apulien liegt der Schnee schon einen Meter hoch.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

40. Wd. Nr. 1. Die heutige Kreisversammlung fällt aus und findet heute am Mittwoch, den 20. Januar statt. Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, bei Reimer, Hagelbergstraße 20a, Funktionärstagung.

Abendversammlung. Heute abend 7 1/2 Uhr Generalsammlung im „Eigentum“, Inhaber Prochom.

Geschäftliche Mitteilungen.

Schube billig zu beschaffen bietet sich nochmals Gelegenheit in den letzten Tagen des Invernar-Kaufverkaufs des bekannten Schuh-Fabrikanten, Müllers 26, mit seinen weiteren Verkaufsstellen: Kolonnen Baum 13, Frankfurter Allee 14, und Schöneberg, Hauptstr. 160. Wir weisen auf das heutige Invernar der Firma hin.

Gewerkschaftsbewegung

Die Untätigkeit des Magistrats.

Die Aktion unserer Stadtverordnetenfraktion.

Aus der Stadtverordnetenfraktion wird uns geschrieben: In ihrer gestrigen Sitzung beschäftigte sich die Stadtverordnetenfraktion mit dem Stande der für Berlin einzuleitenden Rotstandsarbeiten. Von allen Seiten kam der Unwille darüber zum Ausdruck, daß der Magistrat durch sein bisheriges Verhalten die Erwartungen, die die ganze Stadtverordnetenversammlung an die Annahme ihrer einstimmig gefaßten Beschlüsse vom 17. Dezember geknüpft hat, so schwer enttäuscht hat. Vertreter der Gewerkschaftskommission berichteten über ihre Verhandlungen beim Oberpräsidium. Aus dem Bericht ging hervor, daß vor wenigen Tagen noch nicht ein prüfungsfähiger Antrag beim Oberpräsidium eingegangen ist. Der Fraktion lag allerdings eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats vor, die die Einzelverteilung der sechs Millionen Mark Kanalisationsarbeiten auf verschiedene Projekte vornimmt. Ueber eine Magistratsvorlage für den Bau der UEG-Bahn hört man immer noch nichts, trotzdem auf Drängen des Magistrats die betreffende Deputation zur Beratung dieser Arbeiten seinerzeit in der gleichen Sitzung von den Stadtverordneten gemahnt ist.

Die Fraktion hatte die Absicht, eine dringende Anfrage in der nächsten Donnerstagssitzung einzureichen. Sie hat jetzt beschlossen, von einer Anfrage abzusehen und gelegentlich der Beratung der Magistratsvorlage mit aller Energie darauf zu drängen, daß die unerhörte Bummellei in der Berliner Stadtverwaltung endlich beseitigt wird. Sie wird außerdem verlangen, daß in einem Ausschuß an der Hand der Akten genau nachgeprüft wird, wen eigentlich die Schuld an dieser für die Berliner Stadtverwaltung so blamablen Entwicklung trifft.

Die Fraktion hat im Dezember der sofortigen Beratung der Steuerordnungen des Magistrats zugestimmt, damit dieser in die Lage versetzt wird, auch etwas zu tun. Die Fraktion wird dem Magistrat gegenüber sehr deutlich werden, und wir zweifeln nicht, daß sie damit Erfolg haben wird.

Um den Schiedspruch im Bankgewerbe.

Die Antwort des Reichsarbeitsministers.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: In dem in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 12. Januar 1926 abgedruckten offenen Brief des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten an den Reichsarbeitsminister die Frage gerichtet, welche Nachprüfung über die „dem Bankgewerbe im öffentlichen Interesse ausgeübten Arbeiten, die keinen Gewinn ergäben“, vor Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 3. November vorigen Jahres stattgefunden hätte. Die Fragestellung ist irreführend. Wer die Begründung, die der Reichsarbeitsminister seiner ablehnenden Entscheidung gegeben hat, ohne Voreingenommenheit liest, wird sofort erkennen, daß sich die Angabe über die erfolgte eingehende Nachprüfung nicht lediglich auf die Behauptung der Bankstellen über die Befassung mit unrentablen Arbeiten stützt. Sie bezieht sich vielmehr in erster Linie auf die Behauptungen der Banken über ihre schwierige wirtschaftliche Lage im allgemeinen, bei der eine Gehaltsverhöhung, wie sie der Schiedspruch vorschreibt, untragbar sei. Das Reichsarbeitsministerium hat diese Behauptung nicht nur in eingehenden Verhandlungen mit den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, sondern auch in wiederholten Besprechungen mit den zuständigen Wirtschaftsreferats in jeder möglichen Weise zu klären versucht, um sich ein

